

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Sitzung: Dienstag, 29.04.2025

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:32 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE - Ausschussvorsitzender	anwesend
Herr Frank Flake - SPD	anwesend
Frau Annegret Ihbe - SPD, Vertretung für Herrn Graffstedt	anwesend, Vertretung für: Herrn Frank Graffstedt
Herr Michel Winckler - SPD	anwesend bis 18:21 Uhr
Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE	anwesend
Frau Anke Kaphammel - CDU	anwesend bis 17:51 Uhr (in TOP 3.5.)
Frau Michaline Saxel - Die FRAKTION. BS	anwesend ab 15:32 Uhr (in TOP 3.1.)

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS	anwesend bis 17:46 Uhr (einschl. TOP 3.4.)
Frau Aniko Glogowski-Merten - FDP	anwesend
Herr Sven-Markus Knurr - parteilos	anwesend
Frau Anneke vom Hofe - AfD	anwesend

sachkundige Bürger

Herr Dr. Volker Eckhardt - Bürgermitglied (SPD)	anwesend
Herr Tobias Henkel - Bürgermitglied (CDU)	anwesend bis 17:43 Uhr (einschl. TOP 3.4.)
Herr Marcus Körber - Bürgermitglied (B90/GRÜNE)	anwesend
Frau Cornelia Winter - Bürgermitglied (SPD)	anwesend
Herr Thorsten Wendt - Stadtheimatpfleger	anwesend bis einschl. TOP 3.3.

Gäste

Herr Prof. Dr. Eckhardt Fuchs - Leiter, Leibniz-Institut für Bildungsmedien - Georg-Eckert-Institut (GEI)	anwesend bis 15:45 Uhr (einschl. TOP 3.1.)
Frau Dr. Stina Barrenscheen-Loster - Geschäftsführerin und Leiterin, Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße	anwesend bis einschl. TOP 3.2.
Frau Dr. Gabriele Heinen-Klajic - 1. Vorstandsvorsitzende, Arbeitskreis (AK) Andere Geschichte e.V.	anwesend bis einschl. TOP 3.2.

Herr Jürgen May - Geschäftsführer Bereich „Kultur“, KufA Haus - Soziokulturelles Zentrum	anwesend bis einschl. TOP 3.3.
Frau Ricarda Schaeffer - 1. Vorstandsvorsitzende, KufA - Kultur für Alle e.V. Braunschweig	anwesend bis einschl. TOP 3.3.
Frau Maria-Rosa Berghahn - Direktorin, Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (SBK)	anwesend bis 17:43 Uhr (einschl. TOP 3.4.)
Herr Fabian Cohn - 2. Vorstandsvorsitzender, Dachverband freier Theaterschaffender Braunschweig e.V./ Dachverband Freie Darstellende Künste (DFDK) Braunschweig	anwesend bis 17:43 Uhr (einschl. TOP 3.4.)
Herr Christian Weiß - 1. Vorstandsvorsitzender, Dachverband freier Theaterschaffender Braunschweig e.V./ Dachverband Freie Darstellende Künste (DFDK) Braunschweig	anwesend bis 17:43 Uhr (einschl. TOP 3.4.)
Frau Christiane Mielke - Vorstandsmitglied, Kulturrat Braunschweig	anwesend bis 18:25 Uhr (einschl. TOP 4.1.1.)
Herr Thorsten Rinke - Vorstandsmitglied, Kulturrat Braunschweig	anwesend bis 18:27 Uhr (einschl. TOP 4.1.1.)

Verwaltung

Frau Prof. Dr. Anja Hesse - Dez. IV	anwesend
Frau Dr. Anette Haucap-Naß - RefL 0412	anwesend
Herr Dr. Peter Joch - RefL 0413	anwesend bis 18:10 Uhr (einschl. TOP 3.7.)
Herr Dr. Henning Steinführer - RefL 0414	anwesend bis 18:10 Uhr (einschl. TOP 3.7.)
Herr Dr. Stefan Malorny - FBL 41	anwesend
Herr Dr. Ulf Hilger - AbtL 41.1	anwesend bis 18:30 Uhr (einschl. TOP 4.2.2.)
Frau Kristin Komm - StL 41.11	anwesend bis 16:56 Uhr (in TOP 3.4.)
Frau Lydia Bönisch - StL 41.12	anwesend bis 16:20 Uhr (einschl. TOP 3.2.)
Frau Dr. Claudia Böhler - Ref. 0414	anwesend bis 18:10 Uhr (einschl. TOP 3.7.)
Herr Simon Galisch - Abt. 41.0, Tonprotokoll	anwesend
Frau Doreen Hijazi - Abt. 41.0	anwesend bis 18:30 Uhr (einschl. TOP 4.2.2.)
Herr Jörg Ohse - Abt. 41.0	anwesend
Frau Julia Pellegriti - Abt. 41.0 o.V.i.A., 2. Schriftprotokoll	anwesend
Frau Amelie Schultze - Abt. 41.0, AfKW-Geschäftsführung, Schriftprotokoll	anwesend
Frau Elke Scheler - St. 41.11	anwesend bis 18:30 Uhr (einschl. TOP 4.2.2.)
Frau Luisa Rauschke - FB 41, 2. Tonprotokoll	anwesend

Abwesend

Mitglieder

Herr Gerrit Stühmeier - CDU - Stellvertretender Ausschussvorsitzender	entschuldigt
Herr Frank Graffstedt - SPD	entschuldigt
Frau Annette Schütze - SPD	entschuldigt
Frau Rabea Göring - B90/GRÜNE	abwesend
Frau Antje Maul - CDU	entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Prof. Dr. Gerd Biegel - Bürgermitglied (CDU)	entschuldigt
Frau Heike Blümel - Bürgermitglied (CDU)	entschuldigt
Frau Sabrina Brandes - Stellvertretende Stadttheimatpflegerin	entschuldigt

Verwaltung

Frau Anika Filitz - AbtL 41.0	entschuldigt
Herr Daniel Keding - AbtL 41.2	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.03.2025
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Forschungsschwerpunkte des Leibniz-Institutes für Bildungsmedien - Georg-Eckert-Institutes (GEI) durch Herrn Prof. Dr. Fuchs (mündliche Mitteilung)
 - 3.2 Rückblick auf die Arbeit im Jahr 2024 und aktuelle Projekte der Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße (mündliche Mitteilung)
 - 3.3 Personelle Neuvorstellung sowie Perspektiven und Ziele des KufA e.V. und des KufA Haus - Soziokulturelles Zentrum (mündliche Mitteilung)
 - 3.4 Vorstellung der Planungen für die Freie Theaterszene (mündliche Mitteilung)
 - 3.5 Vorstellung der geplanten Schritte zur Anpassung der Richtlinie für die Tanzförderung und zur Überarbeitung der Kulturförderrichtlinien (mündliche Mitteilung)
 - 3.6 Neue Publikationen zur Braunschweiger Kolonialgeschichte (mündliche Mitteilung)
 - 3.7 Notfallverbund zum Kulturgutschutz in Braunschweig-Wolfenbüttel-Wolfsburg 25-25559
- 4 Anträge
 - 4.1 Eine Werbefläche für die Kultur 25-25164
 - 4.1.1 Eine Werbefläche für die Kultur 25-25164-01
 - 4.2 Stadtbibliothek: Öffnungszeiten anpassen 25-25574

4.2.1	Stadtbibliothek: Öffnungszeiten anpassen	25-25574-01
4.2.2	Änderungsantrag zu 25-25574: Stadtbibliothek: Öffnungszeiten anpassen	25-25735
5	Neufassung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort Kulturpunkt West (KPW)	25-25597
6	Zuwendungen aus Mitteln der Projektförderung über 5.000 EUR im 1. Halbjahr 2025	25-25598
7	Anfragen	
7.1	Zukunft des Vereins Kultur für Alle e.V. (KufA e.V.)	25-25288
7.1.1	Zukunft des Vereins Kultur für Alle e.V. (KufA e.V.)	25-25288-01

Nichtöffentlicher Teil:

- 8 Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung
- 9 Mitteilungen
- 10 Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Böttcher eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, nennt die abwesenden Mitglieder und ihre Vertretungen und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Sitzung wird für den Pin-Verkauf für die 15. Braunschweiger Kulturnacht am 14. Juni 2025 und ein gemeinsames Foto unterbrochen.

Die Sitzung wird fortgesetzt. Ausschussvorsitzender Böttcher verweist auf das ausliegende Material auf den Plätzen der Ausschussmitglieder (der „Kulturkalender“ für April bis Juli 2025; ein Flyer des Fördervereines Braunschweiger Heimatpfleger e.V.; ein Flyer zu den Veranstaltungen zum Doppeljubiläum der Gedenkstätte Schillstraße des Arbeitskreises (AK) Andere Geschichte e.V.).

Ausschussvorsitzender Böttcher stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf gemeinsame Beratung von TOP 3.3., „Personelle Neuvorstellung sowie Perspektiven und Ziele des KufA e.V. und des KufA Haus - Soziokulturelles Zentrum (mündliche Mitteilung)“, TOP 7.1., Anfrage „Zukunft des Vereins Kultur für Alle e.V. (KufA e.V.)“ (DS Nr. 25-25288), und TOP 7.1.1., Stellungnahme „Zukunft des Vereins Kultur für Alle e.V. (KufA e.V.)“ (DS Nr. 25-25288-01), sowie auf entsprechende Umstellung der Tagesordnung (TO).

Abstimmungsergebnis (zum Geschäftsordnungsantrag auf Umstellung der TO):
6 / 0 / 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.03.2025

Es liegen keine Wortbeiträge vor. Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

6 / 0 / 0

3. Mitteilungen

3.1. Forschungsschwerpunkte des Leibniz-Institutes für Bildungsmedien - Georg-Eckert-Institutes (GEI) durch Herrn Prof. Dr. Fuchs (mündliche Mitteilung)

Frau Prof. Dr. Hesse (Dez. IV) stellt Herrn Prof. Dr. Fuchs, Leiter des Leibniz-Institutes für Bildungsmedien - Georg-Eckert-Institut (GEI), vor und erinnert einleitend an die jüngste Geschichte des GEI sowie die Unterstützung des neuen GEI-Campus durch die Stadt Braunschweig im Jahr 2022.

Herr Prof. Dr. Fuchs präsentiert; die Präsentation ist dem Protokoll angehängt.

Er beschreibt die Gründung des GEI nach dem Zweiten Weltkrieg durch seinen Namensgeber, die weitere Geschichte sowie die Ziele und Schwerpunkte des Institutes. Ein Ziel sei der Beitrag zur Völkerverständigung durch die vergleichende, internationale Schulbuchforschung. Mitunter würden die Lehrinhalte, ihre Genese und die Entscheiderinnen und Entscheider über die Lehrinhalte erforscht. Die Forschungsthemen würden in Bezug zu aktuellen, kontroversen gesellschaftlichen Themen in Bezug gesetzt; so werde erforscht, inwiefern der Umgang mit gesellschaftlichen Debatten in Lehrinhalte übersetzt werden könne. Es werde die Frage gestellt, welches Wissen, welche Gesellschaftsbilder und welche Kompetenzen vermittelt würden und inwiefern gesellschaftliche Veränderungen sich auf die Lehrinhalte auswirkten. Weiter werde die Rolle von digitalen Medien in Schulen untersucht; hier sehe man sich vor der Herausforderung, dass sich die digitalen Bildungsmedien wesentlich vom konventionellen Schulbuch unterschieden.

Herr Prof. Dr. Fuchs beschreibt die Forschungsstruktur des GEI, darunter die digital abrufbare GEI-Sammlung als Forschungsbibliothek, die in dieser Form international einzigartig sei. Das GEI trage durch Materialien, Weiter- und Fortbildungen sowie das Digital Lab zur Bildungspraxis selbst bei und unterstütze Bildungsmedienverlage mit Empfehlungen und Workshops. Die Forschungsinhalte des GEI würden beispielsweise durch bilaterale Schulbuchkommissionen und das multilaterale „European Forum for Reconciliation and Cooperation in History and Social Sciences Education“ in die Bildungspolitik transferiert. Das GEI sei mit den Schulen, der Wissenschaft und der Bürgerschaft verknüpft. Der Stadt Braunschweig und persönlich Kulturdezernentin Frau Prof. Dr. Hesse beispielsweise sei die Gründung des GEI-Campus zu verdanken.

Abschließend lädt Herr Prof. Dr. Fuchs zum Besuch der diesjährigen Jubiläumstage des GEI in der Villa von Bülow ein.

Ausschussvorsitzender Böttcher dankt für die Präsentation. Er fragt, welche direkten digitalen Angebote das GEI für Schülerinnen und Schüler vorhalte.

Herr Prof. Dr. Fuchs antwortet, Schülerinnen und Schüler stellten zwar nicht die primäre Zielgruppe des GEI dar, es gebe aber Tage der Offenen Tür und das Angebot des Digital Lab, in dem sich Schülerinnen und Schüler per Virtual Reality in Geschichtsepochen versetzen könnten, sowie die Plattform „Zwischentöne“, auf der neben Lehrerinnen und Lehrern auch Schülerinnen und Schüler Texte und andere Quellen zu verschiedenen, gesellschaftlich aktuellen Themen abrufen könnten.

Ratsfrau Ihbe fragt, ob weitere bilaterale Schulbuchkommissionen geplant seien.

Herr Prof. Dr. Fuchs erwidert, dies sei nicht der Fall, da dieses Konzept nicht mehr den Ressourcen und Zwecken des GEI entspreche. Ein internationaler Austausch finde inzwischen eher multilateral, so in Form des „European Forum for Reconciliation and Cooperation in History and Social Sciences Education“, aber auch über Europa hinaus, statt. Ziel sei es,

gemeinsame Lehrinhalte zu schaffen und vermehrt über digitale Wege den multilateralen Austausch zu verstärken. Es sei politisch gesehen problematisch, dass sich viele Länder nicht über ihre jeweilige Geschichte verständigten. Es mangele nach wie vor häufig an einer Aussöhnung zwischen verschiedenen Ländern, was die Schulbücher wiederum abbildeten.

Herr Dr. Eckhardt (Bürgermitglied) kommentiert, der Einsatz digitaler Schulmedien setze die entsprechende technische Infrastruktur voraus und bittet um eine Einschätzung zu Verbesserungsmöglichkeiten in Braunschweiger Schulen.

Herr Prof. Dr. Fuchs stimmt ihm zu. Neben der Infrastruktur und den Technologien seien ein erfolgreicher Umgang mit digitalen Bildungsmedien, eine entsprechende Ausbildung der Lehrkräfte sowie die Lehrinhalte selbst entscheidende Faktoren. Eine pauschale Antwort zum erfolgreichen Einsatz digitaler Bildungsmedien gebe es nicht. Das GEI forsche beispielsweise derzeit zur Anwendung von ChatGPT in Schulen, zu internationalen Entwicklungen im Vergleich und zu den Herausforderungen und Potenzialen in der Anwendung digitaler Bildungsmedien. Schulbücher würden noch lange Anwendung finden und Schulen blieben noch eine ganze Weile hybrid. Eine Digitalisierung von Schulen ginge nicht automatisch mit einer Verbesserung einher.

Es liegen keine weiteren Wortbeiträge vor. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Rückblick auf die Arbeit im Jahr 2024 und aktuelle Projekte der Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße (mündliche Mitteilung)

Frau Prof. Dr. Hesse (Dez. IV) stellt Frau Dr. Barrenscheen-Loster, Geschäftsführerin und Leiterin der Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße, und Frau Dr. Heinen-Kljajic, Erste Vorstandsvorsitzende des Arbeitskreises (AK) Andere Geschichte e.V., vor. Mit der mündlichen Mitteilung werde der jährlichen Berichtspflicht durch den Beirat und die Verwaltung gemäß Ratsbeschluss DS Nr. 18-08215 entsprochen.

Frau Dr. Heinen-Kljajic und Frau Dr. Barrenscheen-Loster präsentieren im Wechsel; die Präsentation ist dem Protokoll angehängt.

Frau Dr. Heinen-Kljajic erinnert an die Übertragung der Trägerschaft für die Gedenkstätte Schillstraße von der Stadt Braunschweig an den AK Andere Geschichte e.V. Sie dankt der Stadt Braunschweig und persönlich Kulturdezernentin Frau Prof. Dr. Hesse für die Unterstützung, ohne die es beispielsweise nicht das Offene Archiv gebe.

Frau Dr. Barrenscheen-Loster blickt auf die Arbeit der Gedenkstätte im Jahr 2024 zurück. Dank der städtischen Kontinuitätsförderung habe man zwei dauerhafte, volle Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schaffen, einen Platz für ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) anbieten und temporär eine wissenschaftliche Mitarbeiterin für audiovisuelle Medien anstellen können. Meilensteine der Gedenkstättenarbeit seien in der Vermittlungsarbeit, durch Ausstellungen, Vorträge, erfolgreich akquirierte Drittmittelförderungen, in Form eines neuen Corporate Designs und mit der Konstituierung eines Fachbeirates erreicht worden. Angebote für Schulklassen stellten einen neuen Fokus dar und der Zuspruch wachstetig. Die Vermittlungsformate änderten sich entsprechend. Inzwischen sei es auch möglich, Schulklassen sehr kurzfristig Angebote zu unterbreiten. Ein weiteres Format stellten Wanderausstellungen dar. Für Vorträge, die klassische Veranstaltungsangebote darstellten, habe man in 2024 auch jüngere Forscherinnen und Forscher als Referentinnen und Referenten gewinnen können.

Frau Dr. Barrenscheen-Loster stellt den Beirat der Gedenkstätte Schillstraße und seine Mitglieder vor. Der Beirat arbeite an der Weiterentwicklung der Gedenkstättenarbeit und tage i.d.R. einmal im Jahr, wobei es aufgrund der Konstituierung im Jahr 2024 zwei Sitzungen gegeben habe. Derzeit sei der Beirat mit der Vorbereitung eines Forschungsantrages befasst, der sich auf die Erforschung der Braunschweiger Kriegsgesellschaft in den Jahren von 1939 bis 1945 beziehe. Im Herbst 2025 sei die nächste Beiratssitzung geplant. Sie fährt fort, man versuche, Gedenkstättenarbeit neu zu denken, so z.B. im Rahmen der geplanten audiovisuellen Ausstellung „Fragmente des Faschismus“, für die die Beteiligung der Stadtgesellschaft geplant sei. Man versuche sich hier in neuen Zugängen der Geschichtsvermittlung, einer Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Vermittlungsarbeit und einer nachhaltigen

und ressourcenschonenden Konzipierung.

Frau Dr. Heinen-Kljajic betont die technische, methodische und inhaltliche Neuaufstellung der Gedenkstätte und gibt einen Ausblick auf das Jahr 2025. Die städtische Kontinuitätsförderung sei im Rahmen des Doppelhaushaltes 2025/2026 um 39.300 EUR für das Jahr 2025 bzw. um 43.900 EUR für das Jahr 2026 aufgestockt worden. Sie dankt dem Rat der Stadt für diese Unterstützung. Die zusätzlichen Mittel dienten u.a. der personellen Unterstützung in der Vermittlungsarbeit. Im Mai 2025 finde das Doppeljubiläum (25 Jahre Gedenkstätte Schillstraße, 40 Jahre AK Andere Geschichte e.V.) statt. Weiter seien bereits Forschungsanträge für das o.g. zweijährige Online-Forschungsprojekt „Braunschweiger Kriegsgesellschaft 1939-1945“ bei der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und der Stiftung Niedersachsen gestellt worden; aktuell werde ein weiterer Antrag bei der Deutschen Bank Stiftung vorbereitet. Das Projekt fokussiere sich auf die Rolle der Volksgemeinschaft.

In 2025 sei mit einer Weiterentwicklung der Vermittlungsarbeit zu rechnen, so in Kooperation mit dem Studienseminar bzw. der Technischen Universität (TU) Braunschweig, und im Rahmen des immersiven Vermittlungsformates „Erzähl mir von morgen“ in Zusammenarbeit mit xweiss (Theaterpädagogik), gefördert durch die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (LKJ) Niedersachsen e.V. und das Niedersächsische Kultusministerium.

Man stelle sich die Frage, was und wie vermittelt werden solle. Eine traditionelle Vermittlung stehe der Aktivierung der Rezipientinnen und Rezipienten gegenüber. Ziel sei es, bei den Adressatinnen und Adressaten zur Reflexion des eigenen Handelns anzuregen. Eine Herausforderung stelle die postmigrantische Gesellschaft dar, in der viele Menschen nicht den gleichen Hintergrund deutscher Geschichte teilen.

Ausschussvorsitzender Böttcher dankt für die Präsentation und weist erneut auf die ausliegenden Flyer zu den Veranstaltungen zum Doppeljubiläum hin.

Ratsfrau Dr. Flake fragt, inwiefern angedacht sei, den begrenzten Raum der Gedenkstätte Schillstraße zu erweitern. Sie fragt weiter, inwiefern vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels, beispielsweise der Jugend, eine Veränderung der Methoden der Gedenkstättenarbeit angedacht sind.

Frau Dr. Heinen-Kljajic betont in Antwort auf die zweite Frage, es sei wichtig, die Menschen vor ihrem Bildungshintergrund und vor dem Hintergrund ihrer Biografie abzuholen. „Erinnerungskultur“ sei als Begriff überholt. Ziel der Gedenkstätte Schillstraße sei es, eine solide Wissensbasis zur NS-Zeit zu schaffen, den Ort der Gedenkstätte als Tatort zu begreifen und an die Opfer zu erinnern. Es seien Formate in Kooperation und Rückkopplung mit anderen Akteuren und eine Vernetzung mit der Stadtgesellschaft geplant.

Sie antwortet auf die erste Frage, der Ausbau der Gedenkstätte Schillstraße könne derzeit nicht eigens finanziert werden. Man habe bereits die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten kontaktiert; es bestehe eine informelle Zusage der Stiftung unter Haushaltsvorbehalt, sich perspektivisch mit investiven Mitteln an dem Ausbau der Gedenkstätte Schillstraße zu beteiligen. Bisher habe die Gedenkstätte Schillstraße jedoch noch keinen offiziellen Förderantrag dafür stellen können, da zunächst der Antrag für das Projekt „Braunschweiger Kriegsgesellschaft 1939-1945“ gestellt worden sei. Der Beginn dieses Projektes sei für Januar 2026 geplant. Erst später stelle sich die Frage, wo ein Neubau errichtet werden könne. Zu beachten seien dann der Denkmalschutz und der Umstand, dass sich die Gedenkstätte Schillstraße in einem Park befindet. Weiter müssten mindestens die Hälfte der notwendigen finanziellen Mittel aus anderen Quellen beschafft werden. Eine erste Überlegung bestehe darin, das gegenüberliegende, ehemalige Wehrmachtsgebäude, also ein Gebäude mit NS-Bezug, zu nutzen. Man nehme gerne Vorschläge zu möglichen Orten an.

Ratsherr Flake dankt den Referentinnen. Er erinnert an die Sitzung des AfKW im Mai 2018, in der beschlossen worden sei, die Trägerschaft für die Gedenkstätte Schillstraße von der Stadt Braunschweig auf den AK Andere Geschichte e.V. zu übertragen; inzwischen sei ein Beirat für die Gedenkstätte Schillstraße gegründet worden. Ausgangspunkt für diese Entwicklungen sei gewesen, dass die Stadt Braunschweig an ihre finanziellen Grenzen gestoßen sei. Inzwischen könne die Gedenkstätte Schillstraße andere Finanzierungsmittel erschließen und dadurch auch neue Räumlichkeiten planen. Auch die fachliche Expertise sei verstärkt worden. Die Auswertungen seit 2018 bewerte er positiv; die vom Rat der Stadt intendierten Ziele seien erreicht worden.

Es liegen keine weiteren Wortbeiträge vor. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.3. Personelle Neuvorstellung sowie Perspektiven und Ziele des KufA e.V. und des KufA Haus - Soziokulturelles Zentrum (mündliche Mitteilung)

7.1. Zukunft des Vereins Kultur für Alle e.V. (KufA e.V.) **25-25288**

7.1.1. Zukunft des Vereins Kultur für Alle e.V. (KufA e.V.) **25-25288-01**

Die TOP 3.3., „Personelle Neuvorstellung sowie Perspektiven und Ziele des KufA e.V. und des KufA Haus - Soziokulturelles Zentrum (mündliche Mitteilung)“, TOP 7.1., Anfrage „Zukunft des Vereins Kultur für Alle e.V. (KufA e.V.)“ (DS Nr. 25-25288) und TOP 7.1.1., Stellungnahme „Zukunft des Vereins Kultur für Alle e.V. (KufA e.V.)“ (DS Nr. 25-25288-01), werden im Folgenden gemeinsam beraten. Die Stellungnahme der Verwaltung ist vorab zugegangen und wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Malorny (FBL 41) erinnert an die drohende Insolvenz des KufA - Kultur für Alle e.V. Braunschweig (KufA e.V.) bzw. des KufA Haus - Soziokulturelles Zentrum (KufA Haus) im vergangenen Jahr. Unter Beratung der Verwaltung sei die finanzielle Schieflage abgewendet worden. Vor dem Hintergrund der damit einhergehenden personellen und inhaltlichen Neuauflistung des KufA e.V. habe der AfWK für die Fortsetzung der Kontinuitätsförderung votiert. Im AfKW sei der Wunsch geäußert worden, der neue Vorstand des KufA e.V. und die neue Geschäftsführung des KufA Haus mögen sich dem Ausschuss vorstellen, wozu in dieser Sitzung Gelegenheit gegeben werden solle. Weiter liegen unter TOP 7.1. die Anfrage „Zukunft des Vereins Kultur für Alle e.V. (KufA e.V.)“ (DS Nr. 25-25288) und unter TOP 7.1.1. die entsprechende Stellungnahme der Verwaltung (DS Nr. 25-25288-01) vor.

Frau Schaeffer, Erste Vorstandsvorsitzende des KufA e.V., und Herr May, Geschäftsführer im Bereich „Kultur“ des KufA Haus, präsentieren im Wechsel. Die Präsentation ist dem Protokoll angehängt.

Frau Schaeffer bedankt sich für die Einladung. Sie stellt im Folgenden den Verein KufA e.V. und das KufA Haus, den Vorstand des KufA e.V. und die Geschäftsführung des KufA Haus vor, berichtet zur Professionalisierung, zum Ehrenamt, zu Kooperationspartnerinnen und -partnern sowie zu (sozio-)kulturellen Projekten des Hauses. Einleitend rekapituliert sie die Geschichte des Vereines und des Hauses wie folgt: Im Jahr 2013 sei der Verein gegründet worden u.a. mit dem Ziel, ein neues soziokulturelles Zentrum zu schaffen. 2014 habe sich die Erschaffung eines soziokulturellen Zentrums in der Kreuzstraße als nicht realistisch herausgestellt. Später sei das KufA Haus an seinem jetzigen Standort eingerichtet worden. Seit 2019 gehören KufA Haus und KufA e.V. zusammen; seitdem böten sich vielfältige Möglichkeiten an Projekten und Veranstaltungen. Motto und Ziel sei, Menschen verschiedener Hintergründe an kulturellen Vorhaben aktiv zu beteiligen. Das KufA Haus habe sich als Anlaufstelle für Menschen unterschiedlicher kultureller Sparten, unterschiedlicher Generationen und verschiedener Akteure etabliert. Frau Schaeffer stellt im Weiteren den amtierenden Vorstand des KufA e.V. vor.

Herr May stellt die Geschäftsführung des KufA Haus vor, die sich auf zwei Personen und zwei Bereiche aufteile, welche sich gegenseitig ergänzen. Der Geschäftsführer für Finanzen und Verwaltung sei für das Finanzmanagement, die Verwaltung, die Koordination, die Buchhaltung und Verträge zuständig. Der Geschäftsführer für Kultur und Programm sei für die Programmgestaltung, Inklusion und Vielfalt, den Netzwerkaufbau, die Veranstaltungskoordination, die Personalbetreuung, den Kooperationsaufbau und die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich. Der Vorstand des Vereins und die Geschäftsführung des Hauses, insbesondere der Kulturgeschäftsführer, würden wesentlich durch einen professionellen Veranstaltungskoordinator unterstützt, der sich um die Veranstaltungsorganisation, die logistische Planung, die Künstlerbetreuung, das Problemmanagement, die Helferkoordination sowie um Marketing und PR kümmere. Durch diese Professionalisierung entwickele das KufA Haus eine neue Strahlkraft. Herr May nennt beispielhafte bewährte und neue (sozio-)kulturelle Projekte für lebendige Kulturarbeit und betont die Bedeutung des Ehrenamtes für die Umsetzung dieser.

Frau Schaeffer schließt daran an und beschreibt weitere Projekte und Veranstaltungen, die die soziale Interaktion förderten und gesellschaftliche Barrieren abbauten.

Herr May ergänzt um die Kooperationspartnerinnen und -partner bzw. Akteure im Netzwerk und dankt diesen, darunter auch der Stadt Braunschweig, im Namen des KufA e.V. und des KufA Haus für die Unterstützung.

Frau Schaeffer bedankt sich für die Möglichkeit, im Ausschuss vorzutragen und für die enge Unterstützung durch die Stadt Braunschweig.

Ausschussvorsitzender Böttcher erinnert an die regelmäßigen Berichte der Verwaltung zu den finanziellen Schwierigkeiten des Vereines und des Hauses in jüngster Zeit und kommentiert, das neue Team habe offenbar viel erreicht. Er wünsche KufA e.V. und KufA Haus viel Erfolg.

Ratsherr Flake erinnert an die Vorgeschichte des Vereines und des soziokulturellen Zentrums vor 2018, darunter die Gründung des Vereines und die Suche nach bzw. die Wahl eines Standortes für das soziokulturelle Zentrum im Westend. Die Stellungnahme DS Nr. 25-25288-01 der Verwaltung bzw. des KufA e.V. und des KufA Haus stimme ihn zuversichtlich; die Aufteilung der Geschäftsführung auf zwei Personen und zwei Bereiche erscheine sinnvoll.

Es liegen keine weiteren Wortbeiträge vor. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Ausschussvorsitzender Böttcher weist den Ausschuss darauf hin, dass die heutige Be schlussfassung von TOP 5., Beschlussvorlage „Änderung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort Kulturpunkt West (KPW)“, und von TOP 6., Beschlussvorlage „Zuwendungen aus Mitteln der Projektförderung über 5.000 EUR im 1. Halbjahr 2025“ (DS Nr. 25-25598), zwingend sei. Der Kulturpunkt West (KPW) benötige eine neue Entgeltordnung; der Beschluss der Zuwendungen aus Projektfördermitteln ermögliche die Bescheidung und Auszahlung der Mittel. Daher werde um fortgesetzte Teilnahme der Ausschussmitglieder trotz der vorangestellten Zeit gebeten:

3.4. Vorstellung der Planungen für die Freie Theaterszene (mündliche Mitteilung)

Frau Prof. Dr. Hesse (Dez. IV) erinnert an die regelmäßigen, nichtöffentlichen Mitteilungen der Verwaltung zu der Insolvenz des LOT-Theater e.V. und der Freie Spielstätten Braunschweig gGmbH (FSB gGmbH) im Jahr 2024. Die Verwaltung habe, bis auf den Fall KufA e.V. und KufA Haus, bisher keine vergleichbaren Anstrengungen im Rahmen einer Standortsuche für eine kontinuitätsgefährderte Institution unternommen wie für die freie Theaterszene nach der Insolvenz von LOT-Theater e.V. und FSB gGmbH. Von der Verwaltung sei in den vergangenen Monaten regelmäßig der politische, informelle Zuspruch des AfKW eingeholt worden, bevor formelle Beschlüsse zur (finanziellen) Unterstützung der freien Theaterszene gefasst worden seien. Heute seien Frau Berghahn, Direktorin der Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (SBK), sowie Herr Weiß und Herr Cohn, Erster und Zweiter Vorstandsvor sitzender des Dachverbandes freier Theaterschaffender Braunschweig e.V./Dachverband Freie Darstellende Künste (DFDK) Braunschweig im Ausschuss, um Lösungsansätze für die ehemalige Spielstätte des LOT-Theater e.V. in der Kaffeetwete 4A vorzustellen.

Sie fährt fort, die Hintergründe der Spielstätte in der Kaffeetwete 4A seien dem Ausschuss bekannt. LOT-Theater e.V. und FSB gGmbH hätten die Stadt Braunschweig einst um eine Anhebung der Kontinuitätsförderung gebeten. In diesem Kontext sei die Machbarkeitsstudie „Zukunftsszenarien LOT-Theater Braunschweig“ (LOT-Theater e.V. und Braunschweig eigenheit Konsultation & Initiation, Dezember 2019) durchgeführt worden, dies allerdings ohne Einbezug freier Theaterschaffender. Die Studie habe einen Mehrbedarf an Raum festgestellt und die Entwicklung von einer Bühne für die freischaffende Theaterszene hin zu einem Produktionshaus vorgezeichnet. Die Geschäftsführungen von LOT-Theater e.V. und FSB gGmbH hätten diese Bedarfe jedoch nicht weiter untermauern können.

Am 21. Mai 2024 habe der AfKW dankenswerter Weise mittels Beschluss der Vorlagen „Unterstützung der freien Theaterszene durch die Stadt Braunschweig: Umwidmung der bisherigen Kulturfördermittel des LOT-Theaters im Jahr 2024“ (DS Nr. 24-23818) und „Unterstüt-

zung der freien Theaterszene durch die Stadt Braunschweig: Außerordentliche Regelung zur Entscheidung über Projektfördermittel aus umgewidmeten bisherigen Kulturfördermitteln des LOT-Theaters im Jahr 2024“ (DS Nr. 24-23826) zugestimmt. Hierdurch sei es möglich gewesen, die freie Theaterszene mittels der ehemals für den LOT-Theater e.V. bestimmten Kontinuitätsfördermittel im Laufe des Jahres 2024 zu unterstützen. Auch habe man sich um neue, temporäre Auftrittsorte, z.B. im Zirkuszelt des Zirkus Doppelino, bemüht. In Besprechungen der Kulturverwaltung mit der freien Theaterszene sei schließlich deutlich geworden, dass die Spielstätte in der Kaffeetwete 4A als langfristige Lösung deutlich favorisiert werde.

Die Kulturverwaltung habe die Funktionalität der Spielstätte in der Kaffeetwete 4A selbst nicht bewerten können. Sie habe andere Parameter angelegt, z.B. den Gesichtspunkt der Finanzierbarkeit, und habe den Ausschuss entsprechend laufend informiert.

Herr Cohn dankt für die Einladung zum Ausschuss. Eine dauerhafte Spielstätte in Braunschweig sei für die freie Theaterszene unentbehrlich. Die spezifischen Anforderungen an eine solche Spielstätte seien bei einem Treffen mit der Kulturverwaltung im August 2024 festgehalten worden. Man sei sich in der Szene einig gewesen, dass die Spielstätte in der Kaffeetwete 4A die beste Option und in Niedersachsen, mitunter darüber hinaus, unvergleichbar sei. Die Spielstätte liege ideal im Stadtzentrum, habe eine für Tanzaufführungen geeignete Größe, eine sehr gute Akustik sowie eine Tradition seit 1996 und sei entsprechend bekannt; weiter halte sie eine für Aufführungen der freien Theaterszene brauchbare Zahl an Zuschauerplätzen vor. Ziel des DFDK sei es deshalb, die Spielstätte in der Kaffeetwete 4A für die freie Theaterszene zurückzugewinnen.

Herr Weiß berichtet, der Vorstand des DFDK erarbeite derzeit ein Betreiberkonzept für die Bühne in der Kaffeetwete 4A. Die Bedürfnisse der freien Theaterszene würden hierfür einbezogen. Dieses Konzept, ein Wirtschaftsplan sowie ein Trägerkonzept (auf Grundlage eines Beiratssystems und mit dem Ziel der Stabilität und der Transparenz) solle im Herbst 2025 vorgestellt werden. Für das Jahr 2026 sei ein Antrag auf städtische Kontinuitätsförderung geplant. Der DFDK sei dankbar für diese Möglichkeiten, die bisherige finanzielle Unterstützung im Rahmen der „Notfallpakete“ durch die Stadt Braunschweig sowie für die gute Kommunikation mit der Kulturverwaltung und Kulturdezernentin Frau Prof. Dr. Hesse.

Frau Berghahn dankt ebenfalls für die Einladung zum Ausschuss. Sie bietet zusätzlich an, die SBK als Institution in einer zukünftigen Ausschusssitzung vorzustellen. Die SBK stelle ein Bindeglied zwischen der Stadt Braunschweig als Kommune und dem Land Niedersachsen dar und sei einer Landesbehörde gleichgestellt.

Die SBK sei seit August 2024 an dem Prozess bzgl. einer neuen Spielstätte für die freie Theaterszene in Braunschweig beteiligt. Der Austausch mit der Kulturverwaltung und der Szene habe die klare Präferenz für die Spielstätte in der Kaffeetwete 4A ergeben. Der Wert für die Spielstätte in der Kaffeetwete 4A sei durch den Insolvenzverwalter, der die Insolvenz des LOT-Theater e.V. und der FSB gGmbH abgewickelt habe, zunächst unrealistisch hoch angesetzt worden. Später sei ein niedrigerer und realistischerer Preis festgelegt worden und die SBK habe das Gebäude durch Kauf erworben. Die Immobilie sei alt und in einem schlechten Zustand und weise entsprechende Mängel auf, z.B. in Bezug auf Brandschutz, Statik und Energieeffizienz. Es sei anzunehmen, dass die SBK ca. 900.000 EUR zur Beseitigung dieser Mängel investieren müsse.

Die Förderzwecke der SBK bewegten sich zum einen in der Förderung und Bewahrung, zum anderen in der renditebasierten und langfristigen Vermögenssphäre. Letzterer Ansatz treffe auf die Spielstätte in der Kaffeetwete 4A zu. Es handele sich nicht um freie Investitionen, sondern diese seien an rechtliche Bedingungen, wie z.B. das Vergaberecht, geknüpft. Im Falle der Spielstätte in der Kaffeetwete 4A müsse zum Investitionsstart feststehen, wer Mieter sei und wie die Miete refinanziert werde; zudem müsse ein abgeschlossener Mietvertrag vorliegen. Diese Entwicklungen dauerten an, es brauche dafür Zeit. Die Investitionen seien an die Bedarfe des Mieters rückgekoppelt sowie an andere Fördertöpfe. Die SBK plane, die Spielstätte in der Kaffeetwete 4A bis spätestens Ende 2026 an den DFDK zum Betrieb zu übergeben.

Herr Dr. Malorny (FBL 41) erinnert, anhand einer Übersicht der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, an die finanzielle Unterstützung der freien Theaterszene nach dem Verlust

der Spielstätten durch die Stadt Braunschweig im Jahr 2024 mittels Notfallpaketen. Die Übersicht ist dem Protokoll angehängt.

In 2024 hätten 224.000 EUR im städtischen Haushalt für die Kontinuitätsförderung des LOT-Theaters e.V. zur Verfügung gestanden. Eine Abschlagszahlung von 80.000 EUR sei noch im Rahmen der ursprünglichen Kontinuitätsförderung an den LOT-Theater e.V. ausgezahlt worden. Weitere Abschlagszahlungen seien aufgrund der Insolvenzlage der FSB gGmbH von der Verwaltung gestoppt worden. LOT-Theater e.V. und FSB gGmbH seien schließlich insolvent gegangen. Durch Beschluss der Vorlage „Unterstützung der freien Theaterszene durch die Stadt Braunschweig: Umwidmung der bisherigen Kulturfördermittel des LOT-Theaters im Jahr 2024“ (DS Nr. 24-23818) seien die übriggebliebenen Mittel zur Verwendung durch die freie Theaterszene umgewidmet worden. Der DFDK habe entsprechende Förderanträge gestellt und Mittel i.H.v. 64.600 EUR („Notfallpaket I“ für den DFDK, 2. Halbjahr 2024) bzw. 79.400 EUR („Notfallpaket II“ für den DFDK, Januar bis September 2025) bewilligt bekommen. Im Rahmen des Beschlusses der Haushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2025/2026 seien die Mittel aus der ehemaligen Kontinuitätsförderung des LOT-Theater e.V. in Unterstützungsmitte für die freie Theaterszene umgewidmet worden und bewegten sich in vergleichbarer Größenordnung i.H.v. 232.800 EUR für 2025 bzw. 242.200 EUR für 2026 inkl. entsprechender Dynamisierung. Diese Mittel würden derzeit nicht abgerufen, da es bisher keinen Antragsteller gebe.

Zunächst müssten für eine zukünftige Fördermittelverwendung die Bedingungen geschaffen werden, u.a. müsste ein Träger (beispielsweise ein Verein) die Spielstätte in der Kaffeewete 4A übernehmen. Ein solcher Träger müsse als Mieter einen Mietvertrag mit der SBK als Eigentümerin des Gebäudes abschließen. Der Kulturverwaltung liege eine „Letter of Intent“ (LOI) zwischen SBK und DFDK vor. Daraus gehe hervor, dass die SBK die Sanierungsarbeiten in der Kaffeewete 4A erst beauftragen könne, wenn ein Mietvertrag abgeschlossen sei. Der DFDK habe die Kulturverwaltung um eine Übergangslösung gebeten, bis in 2026 ein Ratsbeschluss über einen Antrag der freien Theaterszene auf Kontinuitätsförderung für den Betrieb der Spielstätte in der Kaffeewete 4A herbeigeführt werden könne.

Aus dem Unterstützungsansinnen des DFDK ergebe sich, dass der DFDK ohne Spielstätte keine Einnahmen generieren könne. Daher könne er auch keinen Mietvertrag mit der SBK abschließen. Um dennoch die positive Entwicklung für die freie Szene unterstützen zu können, würde die Verwaltung aktuell prüfen, ob der DFDK in 2025 finanzielle Unterstützung in Form einer Mietkompensation durch die Stadt Braunschweig erhalten könne. Dies könne jedoch nicht in Form einer Projektförderung geschehen, da dies basierend auf den Förderrichtlinien der Stadt Braunschweig für den Fachbereich Kultur nicht umsetzbar wäre. Als Umsetzungsweg werde daher ein Kooperationsvertrag zwischen Kulturverwaltung und DFDK geprüft. Durch die darin geregelte Mietübernahme von Juli bis Dezember 2025 durch die Stadt Braunschweig seien der Mietvertragsabschluss und darauf basierend die Planung und Beauftragung von Sanierungsarbeiten durch die SBK möglich. Der LOI zwischen SBK und DFDK stelle die Basis für diesen Kooperationsvertrag dar. Die Verwaltung werde eine entsprechende Beschlussvorlage vorlegen, die die politische Zustimmung zum Kooperationsvertrag und eine Unterstützung durch Mittel i.H.v. ca. 48.000 EUR für die Miete von Juli bis Dezember 2025 zum Inhalt habe. Frau Prof. Dr. Hesse ergänzt, diese Beschlussvorlage sei für die Sitzung des AfKW am 10. Juni 2025 geplant.

Herr Dr. Malorny weist darauf hin, dass ein solches Vorgehen zwei Ziele verfolge: Zum einen würde durch die Stadt die Option gesichert, dass die freie Theaterszene mittelfristig wieder eine Spiel- und Probenstätte bekommen kann. Zum anderen würde der freien Theaterszene der Einfluss auf die theatergerechte Sanierung gesichert. Im Sinne dieser Unterstützung müsse die Stadt aber akzeptieren, in 2025 und ggf. 2026 finanzielle Hilfe zu leisten, ohne dass eine Bespielung der Kaffeewete 4A in dieser Zeit erfolge. Es wäre eine Art Investition in die Zukunftssicherung der Freien Theaterszene.

Herr Dr. Malorny fährt fort, ergänzend könne der DFDK in 2025 erneut zusätzlich einen Antrag auf Förderung durch weitere Mittel im Sinne eines „Notfallpaketes III“ stellen. Die Mietfinanzierung auf Grundlage des Kooperationsvertrages bzw. das „Notfallpaket“ würden sich aus den o.g. im Haushaltsjahr 2025 eingestellten, Unterstützungsmitte für die freie Theaterszene i.H.v. 232.800 EUR speisen. Zusätzliche Haushaltssmittel wären somit nicht erforderlich. In 2026 sollten, nach entsprechendem Antrag des DFDK und dessen Prüfung durch die Verwaltung, die Fördermittel, die derzeit für die freie Theaterszene zur Verfügung stün-

den, per Ratsbeschluss in konkrete Kontinuitätsfördermittel für den DFDK umgewidmet werden.

Ausschussvorsitzender Böttcher bittet den Ausschuss um Rückmeldung zum geplanten Vorgehen an die Verwaltung.

Herr Dr. Eckhardt (Bürgermitglied) fragt, warum die geplanten 48.000 EUR als Mietzins eines derzeit nicht bespielbaren Hauses investiert werden sollten.

Frau Prof. Dr. Hesse erwidert, diese Mittel gingen direkt an den DFDK und dienten als Sicherheit für die Planungen des DFDK und der SBK.

Herr Dr. Eckhardt betont, er verstehe nicht, warum die Stadt Braunschweig, die sich in einer guten Verhandlungsposition gegenüber der SBK befindet, nicht erst weitere Mittel investiere, wenn die Spielstätte in der Kaffeetwete 4A bespielbar sei.

Frau Prof. Dr. Hesse antwortet, dass dann SBK und DFDK das Interesse an der Spielstätte in der Kaffeetwete 4A verlören. Sie erinnert den Ausschuss an die zahlreichen Ausführungen zum Themenkomplex durch die Verwaltung in vergangenen Ausschusssitzungen seit 2024.

Frau Berghahn ergänzt, die Immobilie in der Kaffeetwete 4A sei keine sonderlich rentable Investition. Kosten und Risiken müssten abgewogen werden. Die Risiken bei dieser Investition seien für die SBK hoch und könnten nur in Kauf genommen werden, wenn dem eine viel-versprechende Perspektive gegenüberstehe. Eine solche Perspektive bestehe, wenn es einen langfristigen Nutzer für das Gebäude gebe. Die Alternative bestehe darin, das Gebäude abzureißen und das Grundstück in eine andere Nutzung zu überführen.

Sie fährt fort, der Ankauf des Gebäudes durch die SBK habe jedoch der Unterstützung der freien Theaterszene in Not dienen sollen. Solange diese keine Auftrittsmöglichkeiten habe, könne sie auch nicht durch andere gefördert werden. Die SBK werde nicht ohne eine Refinanzierung investieren. Das Risiko für die SBK sei jetzt schon groß.

Herr Cohn befindet, die SBK habe „good will“ gezeigt und einen großen Schritt auf die freie Theaterszene zugemacht. Die geplante Unterstützung durch städtische Gelder i.H.v. 48.000 EUR stelle den vergleichsweise kleineren Betrag dar, ermögliche dem DFDK jedoch die Möglichkeit einer Mitsprache.

Frau Prof. Dr. Hesse stimmt ihm zu, bei den 48.000 EUR handele es sich nur um einen Bruchteil der Kosten. Sie habe befürchtet, die SBK könne verlangen, dass sich die Stadt Braunschweig an der Sanierung mit geschätzten Kosten i.H.v. 900.000 EUR beteiligen solle; dies sei jedoch glücklicherweise ausgeblieben.

Ratsfrau Dr. Flake meint, die freie Theaterszene benötige zwingend eine Spielstätte in Braunschweig und stimmt den Vorschlägen der Verwaltung zu. Sie bittet um eine Risikoabschätzung in der Beschlussvorlage für die Sitzung des AfKW am 10. Juni 2025. Sie findet, die Stadt Braunschweig müsse in Aussicht stellen, gewisse Risiken für den DFDK bzw. für den zukünftigen Betreiber der Spielstätte in der Kaffeetwete 4A tragen.

Frau Prof. Dr. Hesse kommentiert, sie verstehe die Bedenken. Der DFDK sei jedoch gut aufgestellt. Die Erarbeitung der o.g. Konzepte durch den DFDK benötige eine gewisse Zeit. Die Machbarkeitsstudie „Zukunftsszenarien LOT-Theater Braunschweig“ sei damals Grund für die Erhöhung der Kontinuitätsfördermittel für den LOT-Theater e.V. per Ratsbeschluss gewesen, um beispielsweise die wesentlich teurere Miete in Quartier St. Leonhard zu tragen. Die Miete für die Spielstätte in der Kaffeetwete 4A sei jedoch lange nicht so teuer. Durch die geplante Beschlussvorlage für die Sitzung des AfKW am 10. Juni 2025 und den Kauf sowie die spätere Sanierung des Gebäudes in der Kaffeetwete 4A durch die SBK würden dem DFDK bzw. der freien Theaterszene überhaupt eine Zukunft in Aussicht gestellt. Anders als die o.g. Machbarkeitsstudie behauptete, sei in Braunschweig kein Bedarf für ein Produktionshaus gegeben.

Ratsherr Flake kommentiert, bei der SBK handele es sich um eine Stiftung öffentlichen Rechtes. Deren Ziel es sei, Vermögen zu erhalten und daraus Gewinne zu erwirtschaften. Die SBK habe demnach nur ein Interesse an der Spielstätte in der Kaffeetwete 4A, wenn ein Mietvertrag mit dem Träger bzw. Betreiber sowie die Aussicht auf eine Förderung und Refinanzierung durch die Stadt Braunschweig beständen. Er sei der Verwaltung dankbar für die vorgeschlagene Lösung. Der Zwischenschritt in 2025 sei notwendig, um später in 2026 im Rat über den Antrag auf Kontinuitätsförderung des DFDK zu beschließen. Er reflektiert abschließend die Beratungen zu dem Themenkomplex in vergangenen Sitzungen des AfKW

sowie den Ratsbeschluss über die Umwandlung der Kontinuitätsförderung des ehemaligen LOT-Theater e.V. in Unterstützungsmitte für die freie Theaterszene im Rahmen der Haushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2025/2026.

Ratsfrau Kaphammel beschreibt das vorgeschlagene Modell als ungewöhnlich, aber nachvollziehbar. Die SBK sei zur Wirtschaftlichkeit verpflichtet. Die geplante Beschlussvorlage für die Sitzung des AfKW am 10. Juni 2025 müsse transparent sein. Die Pläne müssten den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern vermittelbar sein. Es wäre gut, wenn die Verwaltung hier wie in dem Fall von KufA e.V. und KufA Haus vorgehe.

Ratsfrau Glogowski-Merten stimmt Ratsfrau Kaphammel zu. In dem angestrebten Vorhaben seien das gegenseitige Vertrauen und die Kooperation besonders. Die freie Theaterszene in Braunschweig sei bundesweit bekannt und einzigartig. Sie sei gespannt auf die geplante Beschlussvorlage für die Sitzung des AfKW am 10. Juni 2025.

Frau Prof. Dr. Hesse versichert, die Verwaltung werde das für Ende 2025 erwartete, Betreiberkonzept sowie den Finanzierungs- und Wirtschaftsplan des DFDK prüfen. Sie gehe davon aus, es werde ein realistisches Konzept vorgelegt. Ein Szenario wie mit dem LOT-Theater e.V., der FSB gGmbH und dem Spielraum TPZ - Theaterpädagogisches Zentrum für Braunschweig und die Region e.V. (TPZ e.V.) im Quartier St. Leonhard werde sich nicht wiederholen. Auch werde darauf geachtet, dass die Fördermittel ausschließlich beim DFDK verblieben und nicht über Konstrukte, wie damals im Fall des LOT-Theater e.V. und der FSB gGmbH, an weitere Institutionen weitergereicht würden.

Frau Berghahn schließt daran an, SBK und DFDK hätten sich bereits auf ein sicheres Konstrukt für die Trägerschaft der wiederzueröffnenden Spielstätte in der Kaffeetwete 4A mit einer Kontrollinstanz wie einem Aufsichtsrat oder Beirat verständigt, in dem die SBK und die Stadt Braunschweig vertreten sein sollten.

Herr Dr. Eckhardt kommentiert, die SBK erwirtschafte nicht nur Erträge, sondern bringe auch Kapital in die Braunschweiger Kultur ein. Das sei in diesem Fall gut gelungen.

Frau Berghahn bestätigt, in den vergangenen 20 Jahren habe die SBK 50 Mio. EUR in kulturelle Projekte investiert.

Es liegen keine weiteren Wortbeiträge vor. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Ratsfrau Kaphammel stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Vorziehen von TOP 5., Beschlussvorlage „Neufassung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort Kulturpunkt West (KPW)“ (DS Nr. 25-25597), und von TOP 6., Beschlussvorlage „Zuwendungen aus Mitteln der Projektförderung über 5.000 EUR im 1. Halbjahr 2025“ (DS Nr. 25-25598), sowie auf entsprechende Umstellung der Tagesordnung (TO).

Abstimmungsergebnis (zum Geschäftsordnungsantrag auf Umstellung der TO):
einstimmig beschlossen

5. Neufassung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort Kulturpunkt West (KPW) 25-25597

Die Verwaltung verzichtet auf eine mündliche Einleitung zur Beschlussvorlage. Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss:

Die Neufassung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort „Kulturpunkt West“, Ludwig-Winter-Straße 4 (Entgeltordnung Kulturpunkt West), wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

7 / 0 / 0

6. Zuwendungen aus Mitteln der Projektförderung über 5.000 EUR im 1. Halbjahr 2025

25-25598

Die Verwaltung verzichtet auf eine mündliche Einleitung zur Beschlussvorlage. Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Ausschussvorsitzender Böttcher weist auf das Mitwirkungsverbot für befangene Ausschussmitglieder (gemäß § 41 NKomVG und § 3 Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt Braunschweig) hin.

Beschluss:

Den Projektförderanträgen über 5.000 EUR wird entsprechend der in den Anlagen aufgeführten Einzelabstimmungsergebnissen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7 / 0 / 0

3.5. Vorstellung der geplanten Schritte zur Anpassung der Richtlinie für die Tanzförderung und zur Überarbeitung der Kulturförder- richtlinien (mündliche Mitteilung)

Herr Dr. Malorny (FBL 41) berichtet zu den Planungen der Verwaltung in Bezug auf die Überarbeitung der verschiedenen Kulturförderrichtlinien. Die Präsentation ist dem Protokoll angehängt.

Er erinnert daran, dass die Überarbeitung der städtischen Kulturförderrichtlinien eine zentrale Maßnahme des Kulturentwicklungsprozesses (KultEP) gewesen sei, dessen Abschlussbericht vom Rat der Stadt in 2022 (DS Nr. 22-18910) beschlossen worden sei. Ziel der Verwaltung seien die Entwicklung „zukunftsähniger“ Rahmenbedingungen und Kriterien und ein einfaches Verfahren. Er beschreibt als Herausforderungen, dass die Richtlinien als kulturpolitisches Gestaltungselement zu begreifen seien und dass es sich hierbei um einen komplexen Prozess mit vielen Beteiligten handele. Es gebe strukturelle wie inhaltliche Herausforderungen und zu beachtende rechtliche Rahmenbedingungen z.B. des Landes Niedersachsen und seiner Landeshaushaltssordnung. Viele Fragen (z.B. die Abwägung, welche Elemente unverändert bleiben und welche geändert werden sollten) seien zu klären. Die Ziele bestünden darin, zeitgemäße Förderrichtlinien zu entwickeln; einen Konsens zu erzielen, was und wer gefördert werden solle; die Handlungsfelder des KultEP zu berücksichtigen; herauszufinden, ob es neuer Förderschwerpunkte bedürfe; sowie zu klären, ob es eine „Hauptkulturförderrichtlinie“ oder nach wie vor mehrere spezifische Förderrichtlinien geben solle. Auch sollten die Arbeitsabläufe für alle Beteiligten optimiert werden, auch vor dem Hintergrund, dass die Arbeitsressourcen der Kulturverwaltung begrenzt seien.

Bereits geleistete Vorarbeiten bestünden im Kulturförderbericht im Rahmen des KultEP; in Recherchen zu Kulturförderrichtlinien anderer Fördermittelgeber; in einem internen Evaluierungsworkshop der Braunschweiger Kulturförderrichtlinie aus Verwaltungssicht; in einer Evaluation der Atelierförderung und des Tanzförderprogrammes sowie in Vergleichen mit der Controlling-Praxis in anderen Kommunen. Als Evaluationsergebnis von Controlling-Maßnahmen anderer Kommunen seien Oldenburg, Göttingen und Wolfsburg beispielhaft zu nennen. Die Ziele bzw. Maßnahmen eines Controllingsystems im Bereich der städtischen Kulturförderung in Braunschweig bestünden in der detaillierten wirtschaftlichen Prüfung der Anträge und der Verwendungsnachweise, einer engeren Begleitung der Geförderten während des Förderzeitraums, eines Einforderns von Liquiditätsnachweisen (auch während des Förderzeitraums) sowie eines Systems von Abschlagszahlungen erst nach Vorlage von Liquiditätsübersichten und -planungen sowie kurzen Sachberichten.

Vor einer Gesamtüberarbeitung der Förderrichtlinien sei zunächst die Überarbeitung der Tanzförderrichtlinie basierend auf dem Evaluierungsergebnis (DS Nr. 24-24911) geplant. Die zurückgemeldeten Anregungen der Tanzszene seien in Hinblick auf ihre Umsetzbarkeit geprüft worden, mit dem Ergebnis, dass einige Vorschläge im Kontext der Überarbeitung der Kulturförderrichtlinien in der Gesamtschau diskutiert werden müssten, z.B. das Thema „Residenzen“. Geplant seien jedoch kurzfristig realisierbare Anpassungen wie z.B. Pauschalen,

die das Probenraum-Sharing (Organisation und Reinigung) erleichterten. Zudem sollten die Antragsfristen angepasst werden. In der Sitzung des AfKW am 10. Juni 2025 sei eine Beschlussvorlage zu einer vorläufig überarbeiteten Richtlinie zum Tanzförderprogramm geplant, die dann befristet bis Ende des Jahres 2026 gelte. Er weist darauf hin, dass die Zukunft der Tanzförderung offen sei, da nur eine befristete Mittelbereitstellung bis zum Ende des Haushaltsjahres 2026 gegeben sei.

Herr Dr. Malorny beschreibt die weitere grobe Planung einer partizipativen Überarbeitung der Kulturförderrichtlinien der Stadt Braunschweig unter Zuhilfenahme einer externen Moderation sowie einer digitalen Plattform, vergleichbar mit dem KultEP. Er unterstreicht, dass es bereits erste Abstimmungen mit dem Vorstand des Kulturrates Braunschweig gebe und dessen Unterstützung beim partizipativen Überarbeitungsprozess zugesagt wurde.

Ratsfrau Dr. Flake befindet, in diesen Planungen bildeten sich vornehmlich die Sichtweise und die Interessen einer „Prüfverwaltung“ ab, die den Interessen einer Kulturentwicklung und dem Ziel des Bürokratieabbaus gegenüberstünden. Das Tableau der Geförderten reiche von großen Kulturinstitutionen bis hin zu kleinen Projektgeförderten, d.h. Akteure mit begrenztem Personal.

Herr Dr. Malorny entgegnet, das Thema Prüfungen bzw. Controlling sei nur ein Teil der einschlägigen Themenstellungen des Überarbeitungsprozesses, jedoch ein besonders relevantes Thema, auf dessen Integration die Verwaltung vor dem Hintergrund der Insolvenzthematiken von Geförderten im Jahr 2024 ein besonderes Augenmerk legen müsse. Dies zeige auch der Vergleich zu anderen Kommunen. Gerade vor dem Hintergrund des KultEP sei die Überarbeitung ganz bewusst als partizipativer Prozess geplant, was eine breite Themeneinbringung sicherstellen werde. Wie die vorgestellte Planung zeige, brauchten solche partizipativen Prozesse Zeit.

Es liegen keine weiteren Wortbeiträge vor. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.6. Neue Publikationen zur Braunschweiger Kolonialgeschichte (mündliche Mitteilung)

Herr Dr. Steinführer (RefL 0414) berichtet von zwei neuen Publikationen zur Braunschweiger Kolonialgeschichte, dem Sammelband „Aspekte des Kolonialen in der Geschichte von Niedersachsen und Bremen (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 323)“ und der Veröffentlichung „Braunschweig und die Welt. Ein sachthmetisches Archivinventar zu kolonialen Kontexten 1880 bis 1919 (Mitteilungen aus dem Stadtarchiv Braunschweig 11)“; die Präsentation ist dem Protokoll angehängt.

Es liegen keine Wortbeiträge vor. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.7. Notfallverbund zum Kulturgutschutz in Braunschweig-Wolfenbüttel-Wolfsburg 25-25559

Die Verwaltung verzichtet auf eine mündliche Einleitung zur Mitteilung. Es liegen keine Wortbeiträge vor. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Es liegen keine weiteren Mitteilungen vor.

4. Anträge

4.1. Eine Werbefläche für die Kultur 25-25164

Ausschussvorsitzender Böttcher erinnert daran, dass in der Sitzung des AfKW am 5. März 2025 die Zurückstellung des Antrages beschlossen worden sei. Auf ausdrücklichen Wunsch des Ausschusses sei der Vorstand des Kulturrates Braunschweig eingeladen worden, als Gäste an der heutigen Sitzung teilzunehmen und als Sachverständige zum Antrag DS Nr. 25-25164 zu sprechen. Er begrüßt die anwesenden Vorstandsmitglieder des Kulturrates Braunschweig, Frau Mielke und Herrn Rinke.

Ausschussvorsitzender Böttcher stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Anhörung der anwesenden Vorstandsmitglieder des Kulturrates Braunschweig als Sachverständige zum Antrag DS Nr. 25-25164.

Abstimmungsergebnis (zum Geschäftsordnungsantrag auf Anhörung Sachverständiger):

einstimmig beschlossen

Herr Rinke äußert, der Kulturrat Braunschweig befürworte das Anliegen des Antrages. Zwar halte die Ströer Deutsche Städte Medien GmbH (Ströer DSM) ein Kontingent von Werbeflächen für Kulturschaffende bereit, jedoch nicht kostenfrei. Das sei daher für kulturelle Kleinstanbieter oft zu teuer. Der Kulturrat Braunschweig suche daher nach einer anderen Lösung. Frau Mielke berichtet, die Sichtbarkeit der Kultur sei bei Vollversammlungen des Kulturrates Braunschweig ein wichtiges Anliegen gewesen. Sie betont, der Kulturrat Braunschweig verstehe sich jedoch nicht als Organisator möglicher Werbeflächen für die Kultur, da die personellen Ressourcen des ehrenamtlichen Kulturrates Braunschweig dies nicht hergäben. Eine Idee bestehe darin, Bildschirme bzw. Stelen in städtischen Räumlichkeiten aufzustellen und hierüber kostenlos für Kultur zu werben. Der Kulturrat Braunschweig habe hierzu bereits die Braunschweiger Stadtmarketing GmbH (BSM) kontaktiert, um herauszufinden, welche Werbeflächen im Stadtraum vertraglich nicht der Firma Ströer DSM übergeben worden seien; eine Antwort des BSM stehe aus. Teils lägen auch Ideen dazu vor, welches Personal eine Organisation und Pflege von Werbeflächen übernehmen könne. Nicht realistisch sei die Annahme, dass sich der Kulturrat Braunschweig oder die Kulturverwaltung, beispielsweise die Stelle Kulturberatung, darum kümmerten. Auch Finanzierungspläne lägen teils vor. Die Idee, eine Litfaßsäule zur Verfügung zu stellen, sei grundsätzlich gut, aber auch insofern problematisch, als dass es einer professionellen Redaktion, Organisation und praktischen Umsetzung hierfür bedürfe, die durch Ehrenamt nicht zu leisten sei. Alternativ könnten Stelen in Apotheken, Tankstellen, Geschäften o.ä. aufgestellt werden; dies müsse in Gesprächen mit der BSM und der Ströer DSM noch geklärt werden. Idee sei weiter, dass diese Stelen sich auf Grundlage von Sponsoring und Werbeeinnahmen selbst tragen sollten und eine Möglichkeit kostenloser Kulturwerbung für Kleinstveranstalter geschaffen werden solle. Von Großveranstaltern hingegen könnten auch Entgelte erhoben werden. Dem Kulturrat Braunschweig lägen insgesamt zwei Konzepte vor; der Kulturrat Braunschweig gedenke, diese Konzepte übereinzubringen und in einem „Letter of Intent“ (LOI) abzubilden sowie bei der Initiierung zu unterstützen.

Herr Rinke ergänzt, Stelen seien im Foyer der Stadtbibliothek Braunschweig oder im Indoor-Bereich z.B. des Kulturzentrums Brunsviga denkbar, in Absprache mit der Ströer DSM.

Frau Mielke führt weiter aus, der Kulturrat Braunschweig könne bei der Fördermittelakquise bzw. Förderantragstellung bei Stiftungen zwecks Anschubfinanzierung unterstützen.

Ratsfrau Dr. Flake kommentiert, das politische Anliegen des Antrages wiederhole sich. Sie stimme dem Anliegen des Antrages sowie den Ideen des Kulturrates Braunschweig zu. Sie bittet die Antragstellerin um Zurückziehen des Antrages. Es sei sinnvoll, ein gemeinsames politisches Ziel neu zu formulieren. Denkbar sei ein Treffen zwecks Austausch zwischen dem AfKW, dem Kulturrat Braunschweig und der Verwaltung. Weiter könnten die o.g. Konzepte in zukünftigen Sitzungen des AfKW vorgestellt werden.

Frau Mielke erläutert, dem Kulturrat Braunschweig liege ein Konzept vor, das, abseits der Finanzierungsfrage, bereits umsetzbar sei. Hierbei handele es sich um fünf bis zehn mobile Stelen, die in Innenräumen von kulturellen Einrichtungen flexibel aufgestellt werden könnten. Es sei eine Anschubfinanzierung über die ersten zwei Jahre gedacht. Dieses Konzept könne, zusammen mit den Erstellerinnen und Erstellern, in einer künftigen Sitzung des AfKW vorgestellt werden.

Ratsfrau Glogowski-Merten stimmt der Idee einer Vorstellung des Konzeptes in der nächsten Sitzung des AfKW zu. Ausschussvorsitzender Böttcher begrüßt diese Idee ebenfalls. Herr Dr. Malorny (FBL 41) sagt die Aufnahme auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu.

Ratsfrau Glogowski-Merten zieht den Antrag DS Nr. 25-25164 zurück.

Ergebnis:

Der Antrag wurde durch die Antragstellerin zurückgezogen.

Ausschussvorsitzender Böttcher weist darauf hin, dass keine Mehrheit der stimmberechtigten Ausschussmitglieder anwesend ist und damit keine Beschlussfähigkeit besteht.

4.1.1. Eine Werbefläche für die Kultur

25-25164-01

Die Stellungnahme der Verwaltung ist vorab, bereits zur Sitzung des AfKW am 5. März 2025, zugegangen und wurde zur Kenntnis genommen.

4.2. Stadtbibliothek: Öffnungszeiten anpassen

25-25574

4.2.1. Stadtbibliothek: Öffnungszeiten anpassen

25-25574-01

4.2.2. Änderungsantrag zu 25-25574: Stadtbibliothek: Öffnungszeiten anpassen

25-25735

Die TOP 4.2., Antrag „Stadtbibliothek: Öffnungszeiten anpassen“ (DS Nr. 25-25574), TOP 4.2.1., Stellungnahme „Stadtbibliothek: Öffnungszeiten anpassen“ (DS Nr. 25-25574-01) und TOP 4.2.2., „Änderungsantrag zu 25-25574: Stadtbibliothek: Öffnungszeiten anpassen“ (DS Nr. 25-25735) werden im Folgenden zusammen beraten.

Ratsfrau Glogowski-Merten erklärt die Genese des Änderungsantrages DS Nr. 25-25735. Ziel dieses Antrages sowie des Ursprungsantrages sei es gewesen, die Stadtbibliothek Braunschweig in einen Dritten Ort zu verwandeln.

Ratsfrau Glogowski-Merten weist darauf hin, dass keine Mehrheit der stimmberechtigten Ausschussmitglieder anwesend ist und damit keine Beschlussfähigkeit besteht.

Ratsherr Flake erklärt, der Antrag könne nicht beschlossen oder umgesetzt werden, da die Kompetenz in der Sache bei dem Hauptverwaltungsbeamten liege, der in der Sache durch den Rat der Stadt mit der Umsetzung beauftragt worden sei. Der Doppelhaushalt 2025/2026 sei gerade genehmigt worden, der darin beschlossene Stellenplan noch nicht in Kraft. Die Zuständigkeit für das Personal der Stadtbibliothek und die Entscheidung über seinen Einsatz liege beim Hauptverwaltungsbeamten. Die politische Botschaft des Antrages hingegen sei angekommen.

Frau Prof. Dr. Hesse pflichtet Ratsherrn Flake bei. Die Stellungnahme DS Nr. 25-25574-01 sei eindeutig; die Richtlinienkompetenz in der Sache liege beim Hauptverwaltungsbeamten. Ratsfrau Dr. Flake kommentiert, sie wünsche sich dennoch eine inhaltliche Diskussion in der Sache, beispielsweise in der nächsten Sitzung des AfKW am 10. Juni 2025.

Frau Prof. Dr. Hesse signalisiert ihr Verständnis und sagt zu, dass Frau Dr. Haucap-Naß (RefL 0412) auch in dieser Sitzung anwesend sein werde.

Ratsfrau Glogowski-Merten stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellen des Antrages DS Nr. 25-25574 sowie des Änderungsantrages DS Nr. 25-25735 bis zur Sitzung des AfKW am 10. Juni 2025.

Abstimmungsergebnis (zum Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellen):
einstimmig beschlossen

Es liegen keine weiteren Anträge vor.

7. Anfragen

Es liegen keine weiteren Anfragen vor.

Nichtöffentlicher Teil:

8. Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung

Ausschussvorsitzender Böttcher eröffnet den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

9. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

10. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor. Ausschussvorsitzender Böttcher schließt die Sitzung.

gez. Böttcher
Vorsitz

gez. Prof. Dr. Hesse
Dez. IV

gez. Schultze
Schriftführung